

PROTOKOLL

über die 16. Sitzung des Bau-, Umwelt-, Mobilitäts- und Planungsausschusses der Gemeinde Reppenstedt

am Donnerstag, 16. Mai 2024

im Sitzungssaal des Rathauses in Reppenstedt, Dachtmisser Straße 1
Beginn: 19:00 Uhr

Leitung: Ausschussvorsitzende(r)

Volker G ü l d e n p f e n n i g

anwesende Ausschussmitglieder

Dr. Hinrich	B o n i n	i.V. für Hendrik Cordes
Karoline	F e l d m a n n	i.V. für David Korting
Frank	G e h r k e	
Jürgen	H e s s e	
Annette	H o f f m a n n	
Ute	L e h m a n n	
Arne	T o p p	
Johannes	U l i c z k a	

Sachkundige(r) Bürger(in)

Dieter W a l t j e

anwesende Ratsmitglieder

Ute	K l i n g e n b e r g	ab TOP 7
Susanne	M e y e r - W i t t e	
Karen	R a b b e	

Gast/Gäste

Stefan W e i n e r t Büro Jup-Arc

von der Verwaltung

Steffen	G ä r t n e r	zugleich als Schriftführer
Hannes	L e p p i n	

Tagesordnung

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
- 2 Feststellung der Tagesordnung
- 3 Beschlussfassung über die Behandlung von Tagesordnungspunkten in nichtöffentlicher Sitzung
- 4 Genehmigung des Protokolls über die 15. Sitzung des Bau-, Umwelt-, Mobilitäts- und Planungsausschusses am 22.04.2024
- 5 Bericht des Gemeindedirektors über wichtige Beschlüsse des Verwaltungsausschusses und wichtige Angelegenheiten der Verwaltung
- 6 Einwohnerfragestunde (bei Bedarf)
- 7 Vorhaben "Lüneburger Landstraße 1"
- 8 1. Änderung Bebauungsplan Nr. 40 „Schnellenberger Weg“
- 9 Endausbau Rad Verbindungsweg An der Landwehr - Eschenweg in Reppenstedt
- 10 Antrag der CDU/FDP vom 21.04.2024 bezüglich Baumpflanzung - Stellungnahme der Verwaltung
- 11 Behandlung von Anfragen und Anregungen
- 12 Schließung der Sitzung

Punkt 1

Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Ausschussvorsitzender Güldenpfennig eröffnet um 19:00 Uhr die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt die Ordnungsmäßigkeit der Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Punkt 2

Feststellung der Tagesordnung

Beschluss:

Die Tagesordnung wird in der vorliegenden Fassung beschlossen.

<i>Abstimmung:</i>	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Stimmenthaltungen
	9	0	0

Punkt 3
Beschlussfassung über die Behandlung von Tagesordnungspunkten in nichtöffentlicher Sitzung

Beschluss:
Alle Tagesordnungspunkte werden in öffentlicher Sitzung behandelt.

<i>Abstimmung:</i>	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Stimmenthaltungen
	9	0	0

Punkt 4
Genehmigung des Protokolls über die 15. Sitzung des Bau-, Umwelt-, Mobilitäts- und Planungsausschusses am 22.04.2024

Beschluss:
Das Protokoll wird genehmigt.

<i>Abstimmung:</i>	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Stimmenthaltungen
	6	0	3

Punkt 5
Bericht des Gemeindedirektors über wichtige Beschlüsse des Verwaltungsausschusses und wichtige Angelegenheiten der Verwaltung
Gemeindedirektor Gärtner berichtet, dass die Submission für den beidseitigen Ausbau des kombinierten Geh- und Radweges entlang der L 216 am vergangenen Dienstag erfolgt ist. Der wirtschaftlichste Bieter ist die Bietergemeinschaft der Firmen Ohland und Siebenbrodt, die bereits auch das Radwegeprojekt „Brockwinkler Straße“ durchgeführt haben. Der Beschluss zur Auftragsvergabe soll im nächsten Verwaltungsausschuss erfolgen.

Punkt 6
Einwohnerfragestunde (bei Bedarf)
Es werden keine Fragen gestellt.

Punkt 7
Vorhaben "Lüneburger Landstraße 1"
Ausschussvorsitzender Güldenpfennig begrüßt den Architekten Stefan Weinert vom Büro Jup-Arc.

Gemeindedirektor Gärtner führt in die Thematik ein und erläutert, dass der im letzten Jahr abgeschlossene Modernisierungsvertrag die Grundlage für die Förderung der Modernisierung des Gebäudes „Lüneburger Landstraße 1“ bildet.

Herr Weinert stellt im Anschluss die baulichen Mängel, das Modernisierungspotential sowie die geplanten energetischen Sanierungsmaßnahmen anhand einer Präsentation dar. Er verweist darauf, dass er von der Eigentümergemeinschaft mit den Leistungsphasen 1 - 4 für dieses Projekt beauftragt wurde.

Ausschussmitglied Hesse fragt nach der Höhe der Förderung. Herr Weinert geht auf die Fördermöglichkeiten ein und erläutert, dass aus dem Topf der Städtebauförderung max. 400.000,00 € zur Verfügung stehen. Es werden aber weitere Fördermittel eingeworben.

Ausschussmitglied Hesse geht darauf ein, dass er die Schwachstelle für diese Maßnahme bei den Gewerbeeinheiten befürchtet, da er glaubt, dass nach einer Sanierung diese Gewerbeeinheiten an Attraktivität verlieren, da die Mietpreise angezogen werden.

Gemeindedirektor Gärtner erläutert die Systematik zur Ermittlung der sogenannten Wirtschaftlichkeitslücke und erläutert, dass die Wirtschaftlichkeitslücke bei der Berechnung der Gesamtkosten und der daraus resultierenden Förderung berücksichtigt wurde. Hieraus ergibt sich eine Mietpreislücke von einer maximalen Gesamtmiete i. H. v. 12,00 €/m² für 3 Jahre nach Abschluss der Sanierung.

Ausschussmitglied Uliczka fragt, ob die Arztpraxis und der Friseursalon im Obergeschoss auch als Gewerbe gelten. Herr Weinert erläutert, dass sich hier Nutzungsänderungsanträge zum Umbau eingereicht worden sind. Diese wurden als gewerbliche Nutzung genehmigt. Es handelt sich aber bei beiden Nutzungseinheiten um ehemals wohnlich genutzte Bereiche, die ungenutzt worden sind.

Ausschussmitglied Bonin fragt, wie realistisch die Umsetzung dieses Projektes ist. Er weist darauf hin, dass er die dargestellten Maßnahmen sehr positiv begrüßt, jedoch die zügige Umsetzung des Gesamtvorhabens angestrebt werden sollte.

Herr Weinert weist auf den Bauzustand und die Dringlichkeit der Behebung der baulichen Mängel hin. Er erläutert die Situation hinsichtlich der Eigentümergemeinschaft und stellt dar, dass aus seiner Sicht die Eigentümer sehr motiviert sind, die Behebung der baulichen Mängel und die Modernisierung des Objektes anzugehen.

Ausschussmitglied Hesse fragt hinsichtlich des Übergangs von dem öffentlichen und dem privaten Bereich, ob es eine Regelung gibt, damit hier verhindert werden könne, dass ein Zaun gezogen werde. Er befürchtet, dass die Eigentümer im gewerblichen Bereich irgendwann auf die Idee kommen könnten, den Platz einzuzäunen, um ihn von der Zugänglichkeit vom öffentlichen Bereich abzuschotten.

Herr Weinert weist darauf hin, dass dies nachteilig für die gewerbliche Nutzung der Einheiten im Erdgeschoss sei, da dies die Erreichbarkeit der Gewerbeeinheiten und u.a. die Erreichbarkeit der gastronomisch genutzten Einheiten stark beeinträchtigen würde. Daher erachtet er eine solche Regelung als überflüssig. Gemeindedirektor Gärtner schließt sich dem an und erläutert, dass es hier ein ureigenes Interesse des Eigentümers und der einzelnen Nutzer der Gewerbeeinheiten gibt, dass dieser Bereich einsehbar und auch erreichbar ist.

Ausschussvorsitzender Güldenpfennig weist darauf hin, dass die Visualisierung des Vorplatzes großräumiger erscheint.

Herr Weinert stimmt dem zu. Für die Visualisierung wurde insbesondere eine Ansicht gewählt, die auf zusätzliches Schattenmobiliar verzichtet, um das Gebäude in eine gewisse Szene zu setzen.

Abschließend bedankt sich der Ausschussvorsitzende Güldenpfennig bei Herrn Weinert für die Vorstellung und wünscht für die Umsetzung des Projektes alles Gute.

Punkt 8

1. Änderung Bebauungsplan Nr. 40 „Schnellenberger Weg“

Gemeindedirektor Gärtner erläutert die angedachten Änderungen im Rahmen des ersten Änderungsverfahrens für den Bebauungsplan Nr. 40 „Schnellenberger Weg“. Er geht auf die Änderung der Traufhöhe im Bereich der Reihenhäuser

anlagen ein und erläutert eine Klarstellung im Bereich der Mehrfamilienhäuser hinsichtlich der möglichen Überschreitung von Wohneinheiten, falls diese mit für den sozialen Wohnraum geförderten Mitteln errichtet werden.

Ausschussmitglied Hesse geht auf die Anzahl der möglichen Wohneinheiten ein und erläutert, dass diese wesentlich flexibler geregelt werden sollten, damit bei einem späteren Umbau die Festsetzung des Bebauungsplanes dem Wunsch der Bauwilligen nicht entgegensteht.

Gemeindedirektor Gärtner erwidert darauf, dass dies im ursprünglichen Bebauungsplanverfahren hätte geregelt werden müssen, da es hier nur um eine Klarstellung in einem Ausnahmetatbestand geht und die grundsätzliche Festsetzung in nahezu allen WA-Bereichen festgesetzt ist und dies auch mit der aktuell vorliegenden Änderung nicht verändert wird.

Ausschussmitglied Bonin fragt, ob es einen tatsächlichen Anwendungsfall für die Klarstellung hinsichtlich der Überschreitungsmöglichkeit von Wohneinheiten gibt.

Gemeindedirektor Gärtner erwidert, dass es hierzu bereits Nachfragen gegeben hat und in diesem Änderungsverfahren dieser Punkt daher mit aufgenommen worden ist.

Ausschussmitglied Topp fragt, warum die Wahl des Verfahrens auf ein beschleunigtes Verfahren gefallen ist und man nicht ein reguläres Verfahren gewählt hat, in dem die Feststellung getroffen worden ist, dass die Grundzüge der Planung nicht berührt werden. Er fragt, welche Abwägung hier stattgefunden hat.

Herr Leppin erläutert, dass die Änderung mit beiden Verfahrensarten möglich ist und diese vom Aufwand vergleichbar sind.

Beschlussempfehlung:

1. Der Verwaltungsausschuss der Gemeinde Reppenstedt beschließt die Aufstellung der 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 40 „Schnellenberger Weg“ mit örtlicher Bauvorschrift.
2. Der Verwaltungsausschuss der Gemeinde Reppenstedt stimmt dem Entwurf der 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 40 „Schnellenberger Weg“ mit örtlicher Bauvorschrift zu und beschließt die öffentliche Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB.

<i>Abstimmung:</i>	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Stimmenthaltungen
	9	0	0

Punkt 9

Endausbau Rad Verbindungsweg An der Landwehr - Eschenweg in Reppenstedt

Herr Leppin erläutert die beabsichtigte Pflasterung des Gehweges zwischen den Straßen „An der Landwehr“ und dem „Eschenweg“. Nach knapp 4 Jahren der Fertigstellung dieses Verbindungsweges soll dieser befestigt werden, da er sich zwischenzeitlich gesetzt hat. Als Planungsträger ist das Büro SWECO noch in einem aktiven Auftragsverhältnis. In diesem Zusammenhang soll die Lampe aus dem Kurveninnenbereich versetzt werden. Die Maßnahme wird zu 66 % über die Städtebauförderung gefördert.

Ausschussmitglied Uliczka regt an, den Radius der Kurve, in dem sich die zu versetzende Straßenlaterne befindet, größer zu gestalten.

Gemeindedirektor Gärtner macht deutlich, dass man hier aufgrund des Geltungsbereiches des Bebauungsplanes, in dem sich der Weg befinden muss, sehr eng gebunden ist und sich im nördlichen Bereich dieses Kurvenradius sich ein geschütztes Biotop befindet.

Ausschussmitglied Bonin plädiert dafür, den Verwaltungsvorschlag so umzusetzen.

Ausschussmitglied Hesse kritisiert die Durchlässigkeit von dem Weg zu dem Penny-Grundstück. Er plädiert, hier einen Zaun an dem Weg aufzustellen. Gemeindedirektor Gärtner und Herr Leppin weisen darauf hin, dass dies nicht nur aus optischen Gründen nicht weiterverfolgt werden sollte. Sie schlagen stattdessen vor, den Zaun beim Penny-Grundstück zu ergänzen. Dies trifft auf Zustimmung.

Beschlussempfehlung:

Der Endausbau des Fahrradweges zwischen den Straßen An der Landwehr und Eschenweg in Reppenstedt wird beschlossen.

<i>Abstimmung:</i>	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Stimmenthaltungen
	9	0	0

Punkt 10

Antrag der CDU/FDP vom 21.04.2024 bezüglich Baumpflanzung - Stellungnahme der Verwaltung

Ausschussmitglied Topp stellt den Antrag der Gruppe CDU/FDP vor und möchte diesen als Anstoß verstanden wissen, um entsprechende Haushaltsmittel im Haushalt 2025 einzuplanen. Er erläutert, dass dahinter nicht der viel diskutierte und auch oft vorgestellte Ausgleich für den Baumverlust durch den kombinierten Geh- und Radweg entlang der L 216 steht, sondern es um das Großgrün in Reppenstedt und in allen Straßen Reppenstedts geht. Er erläutert, dass der Antragsteller in Reppenstedt feststellt, dass wir an Grün verlieren und dem soll hiermit entgegengewirkt werden. Zum zweiten Teil des Antrages erläutert er, dass privates Engagement für die Baumpflanzung gefördert werden soll. Denn nicht nur im Bereich der öffentlichen Flächen sind Baumverluste zu verzeichnen, sondern Baumverluste gehen auch in vielen Bereichen auf private Verursacher zurück.

Ausschussmitglied Uliczka ergänzt, dass mit dem Antrag eine Selbstbindung der Gemeinde Reppenstedt erfolgen soll, jeden Baum zu ersetzen, der durch die Gemeinde Reppenstedt gefällt wird. Er geht auf den Baumschwund ein, der seiner Meinung nach in Reppenstedt dramatisch zu beobachten sei. Zudem stellt er seine Kostenvorstellung für die Neupflanzung von Bäumen dar und verweist darauf, dass im Hinblick auf das von der Verwaltung beigefügte Angebot der Gartenbaumschule Timm deutliche Preisersparnisse zu erzielen seien. Als Beispiel für den Baumschwund nennt er den Birkenweg, der früher eine Birkenallee war. Er geht auf den beobachteten Baumschwund in Reppenstedt ein.

Ratsmitglied Rabbe begrüßt grundsätzlich diesen Antrag. Sie plädiert jedoch, dass dies eher eine Soll- als eine Muss-Bestimmung sein sollte, da dies ansonsten ein zu hartes Kriterium sein und ggf. nicht durchgehalten werden könne. Auch sie hat festgestellt, dass der Birkenweg viele Birken verloren hat und findet dies schade. Zudem regt sie an, fachlichen Rat zu implementieren, wenn Bäume entnommen werden und dort nachgepflanzt werden sollen. Gegebenenfalls macht nicht an jedem Standort eine Nachpflanzung desselben Baumes Sinn.

Ausschussmitglied Uliczka verweist darauf, dass die Bauverwaltung doch wissen müsse, wo Bäume gefällt werden.

Herr Leppin macht deutlich, dass dies im Grundsatz zwar der Fall ist, es jedoch auch Vor-Ort-Entscheidungen von den zertifizierten Baumsachverständigen gibt, die nicht in den Listen zu den Baumkontrollen enthalten seien.

Ausschussmitglied Hesse findet den Antrag ebenfalls gut und sieht diesen ebenfalls als wichtigen Anstoß. Er plädiert dafür, dass sich eine Arbeitsgruppe bilden sollte, die sich mehrfach treffen und die Grundsätzlichkeit festlegen sollte.

Ratsmitglied Meyer-Witte plädiert dafür, mehr Baumspenden von privaten Personen zu akquirieren, die ggf. auch Baumpatenschaften übernehmen.

Ausschussmitglied Uliczka widerspricht der Idee der Gründung einer Arbeitsgruppe, sondern möchte eine Beratung im Bau-, Umwelt-, Mobilitäts- und Planungsausschuss, da er ansonsten die Gefahr sieht, dass die Ideen wieder zerredet werden.

Herr Leppin begrüßt die Initiative zur Nachpflanzung von Bäumen in Reppenstedt. Nicht überall mache eine Neupflanzung aber Sinn, da manche Standorte für die Nachpflanzung nicht in Betracht kämen.

Ausschussmitglied Uliczka erwidert darauf hin, dass man hier Ausnahmen machen und die im Bau-, Umwelt-, Mobilitäts- und Planungsausschuss besprechen könnte.

Ausschussvorsitzender Güldenpfennig weist darauf hin, dass teilweise Pflanzungen im öffentlichen Straßenbereich ihm als sehr mickrig erscheinen. Als Beispiel nennt er die Bäume am Kreisverkehrsplatz, da diese kaum anwachsen und eher klein bleiben.

Ausschussmitglied Uliczka weist auf die Schwierigkeiten einer Baumpflanzung im Straßenraum hin und erläutert, dass die Mittelinsel seiner Ansicht nach viel zu schmal ist, dass die Bäume sich in diesem Bereich entfalten könnten.

Ausschussmitglied Hesse erneuert seine Forderung, diese Themen im Detail in einer Arbeitsgruppe zu besprechen und eine Liste der Bäume aufzustellen, die nachgepflanzt werden sollten. Er weist darauf hin, dass die Bepflanzung in der Mittelinsel und auch der Ortsmitte fehlerhaft geplant seien. Er hätte sich damals schon gegen die geplante Pflanzung in dieser Art und Weise ausgesprochen. Hier sei er jedoch überstimmt worden. Zudem plädiert er für die Festlegung des Ersatzverhältnisses mit einem festzulegenden Faktor. Für die Erarbeitung eines solchen Grundsatzpapiers hält er es für sinnvoll, fachliche Meinungen und Rat hinzuzuziehen.

Ausschussmitglied Bonin geht auf die Signalwirkung dieses Antrages ein und sieht die Gemeinde Reppenstedt mit einer solchen Festlegung in einer Vorreiterrolle. Da, wo ein Baum weggeht, muss ein neuer gepflanzt werden und er begrüßt grundsätzlich diesen Wunsch. Jedoch stellt er in seinem Wortbeitrag heraus, dass er es für fraglich ansieht, ob dies durchzuhalten sei.

Ausschussmitglied Uliczka weist erneut darauf hin, dass die Bäume dort zu ersetzen sind, wo sie gefällt werden.

Gemeindedirektor Gärtner plädiert für eine verwaltungsseitig machbare Regelung, die hier im Bau-, Umwelt-, Mobilitäts- und Planungsausschuss festgelegt werden sollte. Er bietet an, hier verwaltungsseitig einen Vorschlag zu erarbeiten und diesen im nächsten Bau-, Umwelt-, Mobilitäts- und Planungsausschuss beraten zu lassen. Er wird sich mit Herrn Leppin und den beteiligten Kollegen jetzt beraten und dann entsprechend einen Vorschlag präsentieren. Er geht in diesem Zuge darauf ein, dass die Baumfällungen in Reppenstedt sicherlich kontrovers gesehen werden, aber weist auch darauf hin, dass es durchaus für die Schaffung der Radwegeinfrastruktur viele Komplemente und Zuspruch gibt. Er geht darauf ein, dass die Nutzungszahlen der neu geschaffenen Radwege durchaus bemerkenswert sind.

Ratsmitglied Rabbe weist darauf hin, dass sie es für sinnvoll erachtet, eine solche Vorschrift - unabhängig vom Inhalt - als Soll- und nicht als Muss-Vorschrift zu gestalten.

Ausschussmitglied Uliczka fragt nach dem Ablauf der Baumfällung.

Herr Leppin erläutert daraufhin, dass die Baumfällung je nach der Baumbegutachtung durch den externen Baumsachverständigen erfolgt. Sollte bei der Begutachtung weiterer Pilzbefall oder z.B. Risse im Holz festgestellt werden, werden durch den Bauhof eigenständig weitere Bäume bei Bedarf entnommen. Hier erfolgt eine Rücksprache mit der Bauverwaltung. Es gibt allerdings keine Führung von Listen usw.

Ausschussmitglied Hesse weist darauf hin, dass er die Radwegeprojekte weiterhin als sehr sinnvoll erachtet und dies nicht als Kritik an den Radwegen verstanden werden soll. Er plädiert für Hinweistafeln für den Radverkehr und für Zählungen von Pkw- und Fahrradverkehr, die für alle Verkehrsteilnehmer einsehbar sind.

Ausschussmitglied Feldmann geht darauf ein, dass die Gemeinde nicht alle Bäume im Rahmen der Arbeiten entlang der L 216 gefällt hat und dies auch auf private Initiative zurückzuführen sein. Sie hat es nicht so verstanden, dass der Antrag aufgrund der Baumfällung entlang der L 216 gestellt worden sei.

Ausschussmitglied Bonin weist darauf hin, dass zu dem Antrag der Gruppe CDU/FDP ggf. Änderungsanträge formuliert und weitere Beratungen erfolgen müssten.

Gemeindedirektor Gärtner bittet um Geduld, bis der Verwaltungsvorschlag erarbeitet ist und die weitere Beratung im Bau-, Umwelt-, Mobilitäts- und Planungsausschuss auf dieser Basis weiter erfolgen kann.
Diese Vorgangsweise findet Zustimmung bei den anwesenden Ausschussmitgliedern.

Abschließend weist Ausschussmitglied Hesse auf das Engagement des Umweltvereins Gellersen e.V. hin und stellt dar, wie viele Bäume durch den Umweltverein Gellersen gepflegt und gehegt werden.

Punkt 11

Behandlung von Anfragen und Anregungen

Ratsmitglied Rabbe fragt nach der Aktion hinsichtlich des Dörferduells im Rahmen des Festwochenendes der Samtgemeinde Gellersen. Dort sei eine Aktion eines Menschenkickers mit 6 Personen geplant und sie fragt die Interessenten ab.

Zudem regt Ausschussvorsitzender Güldenpfennig an, ggf. ein Duell gegen die polnischen Gäste aus Szczecinek zu organisieren.

Gemeindedirektor Gärtner sagt zu, die bei Herrn Sander anzuregen.

Ausschussmitglied Bonin weist darauf hin, dass er die Feierlichkeiten für 50 Jahre Samtgemeinde aufgrund der Mehrheiten in Reppenstedt kritisch sieht, da die Gemeinde Reppenstedt von Anfang an nicht für eine Samtgemeinde, sondern für eine Einheitsgemeinde war. Er weist darauf hin, dass seiner Meinung nach diejenigen nun die Arbeit für eine solche Jubiläumsveranstaltung tragen könnten, die für eine Samtgemeinde waren. Dies sind aus seiner Sicht insbesondere die Verantwortlichen aus Südergellersen und Westergellersen. Er bittet explizit um Aufnahme dieses Wortbeitrages im Protokoll.

Ratsmitglied Klingenberg weist darauf hin, dass das Achtungsschild im Bereich der Dachtmisser Straße immer noch steht.

Herr Leppin weist darauf hin, dass dies aufgrund von Arbeiten am Pflaster dort aufgestellt worden ist und diese Arbeiten noch nicht abgeschlossen sind.

Zudem fragt Ratsmitglied Klingenberg nach der Aufhebung von 50 km/h in Richtung Vögelsen und der entsprechenden Beschilderung.

Herr Leppin weist darauf hin, dass dieses Thema aktuell in Abstimmung mit der Straßenverkehrsbehörde sei. Neue Schilder sind bereits bestellt, sodass hier eine Änderung demnächst vorgenommen wird.

Außerdem weist Ratsmitglied Klingenberg darauf hin, dass es einen erneuten Unfall an dem Kreuzungsbereich An der Landwehr/L 216 gegeben habe.

Zuletzt fragt Ratsmitglied Klingenberg an, wann die angeregten Bänke in Reppenstedt aufgestellt werden.

Herr Leppin weist darauf hin, dass sich dies aufgrund von Abwesenheitszeiten einiger Mitarbeiter verzögert hat, aber dieses Thema auf dem Plan sei.

Ratsmitglied Rabbe regt an, die Gummistiefel am Ortsschild Dachtmissen abzuschneiden bzw. diese dort zu entfernen.

Punkt 12

Schließung der Sitzung

Ausschussvorsitzender Güldenpfennig schließt um 21:04 Uhr die Sitzung.

gez.
Volker Güldenpfennig
Ausschussvorsitzender

gez.
Steffen Gärtner
Gemeindedirektor
zugleich als Schriftführer